

gungsprozess“ steht. Ihr Partner, der amerikanische Botschafter, ist noch nicht anwesend. Wir haben vereinbart, daß wir in diesem Fall umzuwechseln und Sie bitten, heute nachmittag zu beginnen. Bei uns in der Kommission ist es üblich, daß die einzelnen Phasen von Mitgliedern der Kommission geleitet werden. Ich hatte nur die offizielle Begrüßung für die Kommission insgesamt Ihnen gegenüber zu machen und das weitere Prozedere wird Herr Professor Jacobsen leiten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ja, meine Damen und Herren, wir wollen unsere Arbeit fortsetzen mit den beiden Beiträgen, von denen die Rede war. Ich hatte mit Herrn Reiter schon die Möglichkeit, über den einen oder anderen Aspekt kurz ein Gespräch zu führen. Es hat sich herausgestellt, in welchem hohem Maße das, was Dieter Bingen hier vorgetragen hat, wahrscheinlich auch die Zustimmung von Herrn Reiter finden wird. Aber warten wir ab, was er hier im einzelnen vortragen wird. Vielleicht könnten wir von Ihnen auch etwas hören über die Einschätzung, die dem vereinten Deutschland nun in Mitteleuropa zuteil wird, und das natürlich vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Erfahrung. Ich darf jetzt bitten, daß Sie zu uns reden, Herr Reiter.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich darf erst einmal die Vermutung bestätigen, daß ich dem, was Dieter Bingen hier gesagt hat über die polnische Rolle im Vereinigungsprozess, weitgehend zustimmen kann. Ich habe Gott sei Dank ihm zuhören können, und deshalb werde ich Ihnen einiges ersparen können von dem, was er bereits vorgetragen hat. Ich will erst einmal aber beginnen mit einem Wort des Dankes für die Einladung, hier an der Sitzung teilzunehmen, und mit einem Wort der Anerkennung für die Arbeit dieser Enquete-Kommission, die ich für großartig und für wirklich besonders wertvoll halte. Ich glaube, es ist eine Gabe an die Zukunft, eine Gabe an die kommenden Generationen und vielleicht das Beste, was man tun kann, um Geschichtsfälschungen in der Zukunft und Mythologisierung von Geschichte zu verhindern. Ich glaube wirklich, das ist etwas Großartiges. Ich sage das auch mit einem gewissen Neid, denn ich vermisse eine vergleichbare Kommission, eine vergleichbare Anstrengung zur Erforschung der jüngsten Vergangenheit in Polen – und das in einem Land, das ja als besonders geschichtsbewußt und in der Geschichte verankert gilt. Es gibt nichts Vergleichbares in Polen, was ich sehr sehr bedauere.

Nun aber zu Polen und der deutschen Vereinigung. Ich muß hier auch den Vorbehalt machen, den, glaube ich, auch Dieter Bingen schon gemacht hat. Es wäre falsch und unfair, die polnische Rolle im Vereinigungsprozess nur in dem engen Zeitraum zu betrachten vom Fall oder der Öffnung der Mauer bis zum 3. Oktober 1990. Man muß die polnische Rolle und den polnischen Beitrag in einem erweiterten Zeitrahmen betrachten. Nur dann kann man, wie ich glaube, zu einem vernünftigen Urteil kommen. Und wo ansetzen, in den 80er Jahren, in der Zeit, in der in Polen zum ersten Mal eine wichtige außenpolitische Diskussion begann? Es gab ja vorher keine Außenpolitik, und auch die Solidarität

war Anfang der 80er Jahre sehr zurückhaltend in dieser Frage und hat sich nicht mit Außenpolitik beschäftigt, hat sich nicht auf außenpolitische Fragen eingelassen. Das Kriegerrecht war aber ein Signal, diese Zurückhaltung aufzugeben, da sie keinen Sinn mehr hatte. Warum? Weil es auf der Hand lag, daß das Scheitern der Solidarność nicht nur innenpolitisch zu erklären war. Das Scheitern der Solidarność war im Grunde genommen vor allem ein Problem, das man nur im europäischen Kontext verstehen konnte. Nun also stellte sich die Frage, welche Schlußfolgerungen zieht man aus dieser Erfahrung, wenn man die ablehnt, daß man sich mit dem Schicksal abfinden müsse. Also wie konnte man den Handlungsspielraum der polnischen Politik erweitern? Das war die Frage, die gestellt wurde in der polnischen Opposition der 80er Jahre. Es boten sich theoretisch zwei Wege an. Der erste Weg war die Suche nach einem Ausgleich mit Rußland, und es gab einige Vertreter der konservativen Opposition, die diesen Weg interessant fanden. Sie hielten die Sowjetunion für eine neue Inkarnation von Rußland und waren bereit, Rußland eine Art Kompromiß anzubieten, d. h. eine loyale Haltung Polens, beruhend auf der Anerkennung der sowjetischen Vormachtstellung, als Gegenleistung für die Anerkennung der innenpolitischen Selbständigkeit Polens. Ich glaube sagen zu können, der Begriff Finnlandisierung klang in vielen Ohren durchaus angenehm, er hatte einen angenehmen Klang. Viele in der konservativen Opposition bedauerten, daß die russische Politik so wenig Sinn für Realitäten hatte und nicht bereit war, auf diejenigen einzugehen, die ihr etwas Sinnvolles anbieten konnten. Übrigens, wenn die Sowjetunion in den 80er Jahren auf dieses Angebot eingegangen wäre, hätte sie vielleicht aus ihrer Sicht ein gutes Geschäft gemacht. Heute kann ich sagen, Gott sei Dank hat sie es nicht getan. Zehn Jahre später aber, als sie auf diese Idee kam, war es zu spät. Zehn Jahre später konnte niemand mehr in Polen über so ein Angebot diskutieren. Selbst die Anhänger dieser Denkrichtung erwarteten nicht, daß sie der Schlüssel zur Lösung der polnischen Frage sein könnte. Sie war vielmehr konzipiert als ein Versuch, auf längere Sicht eine Flexibilisierung der sowjetischen Politik zu erreichen. Man muß immerhin bedenken, daß auch Gorbatschow eher auf die sogenannten Reformkräfte in der polnischen kommunistischen Partei setzte, an deren Reformfähigkeit freilich keiner mehr so richtig glauben mochte. Wenn das also kein gangbarer Weg war, wohin konnte man sich wenden? Der Blick richtete sich auf Deutschland. Polen hatte auf der westlichen Seite jenseits der Oder und Neiße ein Nachbarland, die DDR, das nicht nur ein Instrument der sowjetischen Politik war, sondern immer mehr angesichts vor allem der Entwicklung in Polen eine bedrohliche Eigeninitiative entwickelte. So mußte man damit rechnen, daß alle Emanzipationsversuche in Polen von dem SED-Regime gestört, wenn nicht gar verhindert würden. Ausgerechnet diese DDR sollte in der offiziellen polnischen Sicherheitspolitik die Rolle eines Pfeilers spielen, denn sie wollte die polnische Westgrenze garantieren und sollte ein Puffer sein, der Polen von der Bundesrepublik trennte. Solange man diese Trennung für notwendig hielt, mußte man, wenn auch zähneknirschend, die DDR akzeptieren mit allen Konsequenzen. Aber war das notwendig? War ein Puffer notwendig? Diese Frage wurde in den 80er Jahren in Polen kritisch revidiert. Wollte man

aber die DDR als Garant der polnischen Grenze in Frage stellen, so mußte man den Mut haben, sich mit der Frage der deutschen Einheit zu beschäftigen. Das war in Polen zuvor, in den 60er und in den 70er Jahren, den meisten noch unmöglich, aus vielen historischen Gründen. In den 80er Jahren aber wurde diese Frage ohne Angst und sehr offen angegangen. Die deutsche Frage wurde in Polen zu einem dominierenden Thema der außenpolitischen Diskussion. Die neue Haltung läßt sich etwa so zusammenfassen: Wir haben kein moralisches Recht, den Deutschen die Einheit zu versagen. Möglicherweise liegt sie sogar in unserem Interesse. Soll das der Fall sein, müssen zwei Grundvoraussetzungen erfüllt sein. Erstens muß Deutschland Beweise dafür liefern, daß es die Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR will und mehr nicht. Die deutsche Rechtsposition verhinderte aber, wie bekannt, eine völkerrechtliche Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze. Hier machte Volker Rühle einen für die damalige Zeit sehr wichtigen Versuch, der polnischen Opposition aus diesem Dilemma einen Ausweg zu bieten. Er erklärte nämlich im Jahre 1985 im Deutschen Bundestag, daß die Bundesrepublik die politische Bindungswirkung des Warschauer Vertrages anerkenne, d. h. des Vertrages, der zwischen der westlichen Bundesrepublik und Polen unterzeichnet worden war. Das war ein wichtiger Brückenschlag in Richtung polnische Opposition. Diese sogenannte Rühle-Formel war sozusagen das fehlende Glied in der Argumentationskette für eine neue Deutschlandpolitik, wichtig, auch besonders wichtig für die Legitimation dieses neuen Denkansatzes in der polnischen Bevölkerung. Ohne dieses fehlende Glied hätte man diese neue Politik Deutschland gegenüber in der Bevölkerung nicht begründen können. Die sogenannte Rühle-Formel reduzierte die deutsche Rechtsposition auf die Rolle eines Instruments der Vereinigungspolitik, deren Gegenstand die beiden deutschen Staaten waren. Die Verbindung mit der polnisch-deutschen Grenze wurde zu einer formalrechtlichen erklärt. Die politische Verbindung wurde aufgehoben. Es war selbstverständlich immer noch eine Sache des Vertrauens, diese Formel, dieses Angebot anzunehmen. Dieses Vertrauen wurde in den 80er Jahren von vielen in der damaligen polnischen Opposition den Deutschen der Bundesrepublik entgegengebracht. Die Klärung der Grenzfrage war die entscheidende Grundvoraussetzung. Eine andere war allgemeiner Natur. Dieser Vorbehalt galt der künftigen Gestalt Europas. Polen konnte, um es kurz zu sagen, kein Interesse haben an einer Entwicklung, als deren Ergebnis die deutsche Frage gelöst würde, aber alles andere beim alten bleiben würde. Das polnische Motiv war ja die Hoffnung, durch den Ausfall des Puffers DDR und durch die Einheit Deutschlands dem Westen näher zu kommen und sich dadurch aus der Umarmung der Sowjetunion zu lösen. Das hieß vor allem, auch das vereinigte Deutschland müßte im Westen bleiben, d. h. in den westlichen Strukturen. Auf keinen Fall konnte Polen, so war im Grunde genommen die einhellige Meinung in der polnischen Opposition der 80er Jahre, einer Neutralisierung Deutschlands zustimmen. Denn die Folge wäre, daß eine so gestärkte Sowjetunion die Kontrolle über Polen auf lange Zeit beibehalten würde, daß von deutscher Seite keine Unterstützung mehr zu erwarten sein würde für die Emanzipation Polens. Nun mögen Sie fragen, wie konkret diese Überlegungen waren, die in der

Opposition angestellt wurden, inwieweit sie in praktische Politik umgesetzt werden konnten. Ich muß daran erinnern, ich spreche von den 80er Jahren. Ich spreche von einer in der Illegalität handelnden Opposition, nicht von einer parlamentarischen Opposition. Was die polnische Opposition von den Bürgerrechtsbewegungen in den anderen Ostblockländern unterschied, war freilich ihr politischer Charakter, d. h. der Anspruch, alternative politische Programme zu liefern, auch wenn sie nicht legal anerkannt war. Trotzdem, zwischen den Denkansätzen und der praktischen Politik herrschte eine große Kluft. Keiner konnte wissen, wann diese Kluft überwunden werden könnte. Das Konzept einer neuen Deutschlandpolitik war zwar mehr als ein bloßes Gedankenexperiment, aber es war kein konkretes Programm mit Handlungsanleitungen für die Politik, konnte es gar nicht sein. Das Ziel war vielmehr, durch die Lösung von alten Dogmen den Handlungsspielraum der künftigen polnischen Politik zu erweitern und vor allem in Deutschland Freunde, Verbündete für die polnische Sache zu gewinnen. Manche haben seither in der deutschen Frage eine Art Vehikel für die polnische Frage gesehen.

Es kam dann anders. Die Entwicklung der 80er Jahre hat dann eine enorme Beschleunigung erfahren, aber sie hat auch eine andere Richtung genommen. Es war etwas anders, nicht so, daß die deutsche Frage zum Vehikel der polnischen Frage wurde, sondern im Grunde genommen umgekehrt. Der Verfall der europäischen Nachkriegsordnung begann in Polen. Diese Entwicklung ist Ihnen bekannt, ich werde hier alles nicht noch einmal berichten. Aber mit dem Machtwechsel in Polen hat wahrscheinlich die ganze Diskussion über eine neue Europa- und Deutschlandpolitik eine völlig andere Dimension bekommen. Die Regierung Mazowiecki war in ihrer Außenpolitik freilich vor allem in den ersten Wochen und Monaten äußerst vorsichtig. Sie hatte gute Gründe dazu, man muß das Umfeld bedenken. Da war noch die intakte DDR, der noch intakte Warschauer Pakt, in der Sowjetunion zwar eine Krise, aber diese Krise hätte ja Jahre oder Jahrzehnte dauern können, das heißt kein freundliches Umfeld. Warschau war auch entschlossen, die DDR nicht unnötig zu provozieren, aber man machte sich keine Illusionen. Allein schon die Existenz der Regierung Mazowiecki war eine Provokation für die Regierung in Ostberlin. Nur Wochen nach dem Macht- und dem De-facto-Systemwechsel in Polen kam es zu den ersten Unruhen in der DDR. Anfang der 80er Jahre, daran muß man vielleicht erinnern, fand die polnische Entwicklung, die Solidarność, in der DDR keine große Resonanz. Das sollte diesmal anders werden. Die polnischen Reaktionen auf die Entwicklung in der DDR waren enthusiastisch. Die Solidarność-Anhänger haben sich sozusagen in den demonstrierenden Ostdeutschen wiedererkannt. Zum ersten Mal zeigte die DDR ein anderes Gesicht als das in der Vergangenheit. Dann kamen die ersten Zufluchtsuchenden aus der DDR nach Warschau. Hier war es auch bezeichnend, daß zwar die Lösung dieser Frage sich in der Sache nicht unterschied von der in Ungarn, aber daß man in Warschau unbedingt versuchte, dabei eine Demonstration zu verhindern, das heißt eine eher stille Lösung. Es gab keinen Zweifel über den Grundsatz, daß man keinen Flüchtling aus der DDR an die DDR abschieben durfte, nur wollte

man daraus kein großes Thema machen, um eben nicht die unfreundlichen Nachbarn zu provozieren. Dann kam der 9. November, der Besuch des Bundeskanzlers in Polen, lange vorbereitet. Hans-Dietrich Genscher berichtet von einem Gespräch, das er am 10. November geführt hat mit dem Solidarność-Vorsitzenden Lech Walesa und dem Berater Bronislaw Geremek. Das war nach der Öffnung der Mauer, der Bundeskanzler war nach Berlin zurückgefliegen, um dabeizusein, und Genscher berichtet, Lech Walesa habe nervös angespannt gewirkt. Geremek habe aber in dem Gespräch seiner Freude über die Entwicklung in Deutschland Ausdruck gegeben. Freude und Nervosität oder Unsicherheit, das waren die zwei Bestandteile der polnischen Reaktion auf die Entwicklung in der DDR. Man wußte sofort, man konnte sofort erkennen, daß die Zeit des begrenzten Experiments, wie es in Polen mit der Bildung der Regierung Mazowiecki begann, nun vorbei sei. Die Revolution in ganz Mittel- und Osteuropa war unaufhaltsam, und in dem Augenblick, in dem sie Deutschland erreichte, hat sie auch eine neue weltpolitische Relevanz erreicht. Der Handlungsspielraum der polnischen Politik veränderte sich, und die Agenda mußte neu definiert werden.

Die Meinungen darüber, ob die deutsche Einheit damit in unmittelbare Nähe gerückt sei oder nicht, waren in Warschau gespalten. Nur eins prägte die polnische Haltung: Die neue Machtelite in Polen fühlte sich den Oppositionellen in der DDR moralisch verbunden, diese erklärten aber, sie wollten die DDR reformieren. Man wollte sie nicht brüskieren, auch wenn man Ihnen etwas skeptisch zuhörte. Als kurz nach dem Besuch in Warschau der Bundeskanzler den Zehn-Punkte-Plan bekanntgab, haben sich diejenigen bestätigt gefühlt, die eine schnelle Vereinigung erwarteten. Dieter Bingen hat es schon gesagt, die polnische Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan war geprägt nicht durch das, was dieser Plan enthielt, sondern durch das, was in diesem Plan fehlte. Diese Lücke wurde in Warschau, das muß ich ganz offen sagen, als ein sehr alarmierendes Zeichen aufgenommen, ob richtig oder nicht, es wurde so aufgenommen. Ich glaube, daß diese Ausklammerung der Grenzfrage nicht die beste Entscheidung war, denn man hätte, wenn diese Grenzfrage in dem Zehn-Punkte-Plan enthalten gewesen wäre, vielleicht für die Zukunft manche Mißverständnisse zwischen Polen und Deutschland vermeiden können. Polen wurde aber dadurch in eine sehr defensive Lage versetzt, obwohl vor kurzem noch in Polen die deutsche Frage mit viel Hoffnung diskutiert worden war. In dem Augenblick aber, in dem der Zug zur deutschen Vereinigung losfuhr, war die Rühformel für Polen nicht mehr ausreichend. Die Regierung Mazowiecki hätte ihr ganzes Vertrauen in der Bevölkerung verspielt, wenn sie nicht mehr verlangt hätte von der deutschen Regierung. Es ging immerhin um die Frage, die über vierzig Jahre auf der polnischen Politik gelastet hatte. Heute ist es einfach zu sagen, man hätte alles anders machen können, es war alles überflüssig. Mit dem Wissen von heute kann man das leicht sagen. Aber das Wissen von heute hatte niemand damals vor acht Jahren. Insofern kann ich also nur bedauern, daß Polen in diese defensive Rolle versetzt wurde, aber als das geschah, konnte Polen im Grunde genommen nicht viel anders handeln. Ich will damit

nicht sagen, daß jede Entscheidung richtig war, aber im Grunde genommen war die Richtung damit vorgegeben. Das kann man heute nur mit Bedauern sagen, es ging, glaube ich, nicht anders. Nun mögen Sie fragen, ob jemand in Warschau wirklich geglaubt habe, daß Deutschland irgendwelche Gebietsansprüche an Polen stellen würde. Meine Antwort lautet nein. Daran, denke ich, haben die meisten wirklich nicht geglaubt. Man hatte Angst davor, daß in dem Augenblick, in dem die deutsche Frage geschlossen wurde, diese Grenzfrage offen bleiben würde mit einer für Polen sehr problematischen gefährlichen Wirkung.

Es gab auch noch eine konkrete Befürchtung. Man befürchtete auch, daß die Offenhaltung der Grenzfrage zu einem Instrument der Pressuren auf Polen werden könnte, zum Beispiel in der Frage der Minderheiten. Das mußte man unbedingt, das sage ich auch heute wirklich mit Nachdruck, verhindern. Nicht wegen des Inhalts der Lösung der Minderheitenfrage, nein, der Inhalt, so wie er dann festgeschrieben wurde in dem polnisch-deutschen Vertrag vom Juni 1991, ist, glaube ich, wirklich über jeden Verdacht erhaben. Das war eine sehr liberale Lösung der Minderheitenfrage, aber das war eine souveräne polnische Entscheidung, nicht eine Entscheidung, die erpreßt oder erzwungen wurde von dem Nachbarn Deutschland. Ich kann mich erinnern an ein Gespräch im Juni 1991 mit dem „Spiegel“. In dem Gespräch habe ich gesagt, diese Lösung der Minderheitenfrage sei kein Geschenk Polens an Deutschland. Am Sonntag vor dem Erscheinen des „Spiegel“ hat mich ein Redakteur des „Spiegel“ angerufen und gefragt, er wolle sich vergewissern, ob ich wirklich gesagt hätte, die Lösung der Minderheitenfrage sei ein Geschenk Polens an die Bundesrepublik. Ich habe mit Entsetzen ins Telefon geschrien: Nein, ich habe gesagt: kein Geschenk an die Bundesrepublik. Es war eben kein Geschenk. Es war sehr wichtig für die Darstellung, für die Begründung dieser Politik, daß die polnische Öffentlichkeit wußte: Das war eine Entscheidung, die das demokratische Polen sich selbst schuldete, nicht ein Geschenk an ein anderes Land. Die Folge der polnisch-deutschen Grenzdiskussion war freilich, daß sich die Regierung Mazowiecki gezwungen sah, Unterstützung bei anderen Nachbarn zu suchen. Das Fatale, das sage ich wirklich mit Nachdruck, das Fatale dabei war, daß der Eindruck entstand, alte Machtkonstellationen kehrten nach Europa zurück. Polen konnte an der Rückkehr dieser Machtkonstellation kein Interesse haben. Das war das Paradoxon der polnischen Situation. Warum? Weil Polen ein vitales Interesse am Fortbestand der NATO und der Europäischen Union hatte und insofern kein Interesse haben konnte an einem Zwiespalt zwischen Deutschland einerseits und vor allen Dingen den USA und Frankreich andererseits. In den für die Zukunft entscheidenden Fragen gab es zwischen Warschau und Bonn im Grunde genommen einen Konsens, das ist auch schon von Dieter Bingen gesagt worden, in der Frage der NATO und in der Frage der Europäischen Union. Als Ministerpräsident Modrow im Februar 1990 seinen Plan zur Neutralisierung Deutschlands vorlegte, war die polnische Reaktion ganz eindeutig. Es war eine ablehnende Reaktion. Das konnte nicht im polnischen Interesse liegen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen: Ich glaube, wenn man die polnische Rolle im Vereinigungsprozess in größerem Zeitrahmen betrachtet, sieht man, daß es nicht nur objektiv einen Zusammenhang gab zwischen der polnischen Entwicklung und der deutschen Entwicklung, sondern daß es in Polen ein großes Potential an Sympathie für die deutsche Einheit gab. Leider ist das Bild dann in den Wochen und Monaten nach dem November 1989 überschattet worden von den Mißverständnissen zwischen Polen und Deutschland in der Grenzfrage, in der Frage, die in der Geschichte verwurzelt war. In den Fragen der Zukunft gab es auch schon damals in Polen und Deutschland einen weitgehenden Konsens. Wenn man heute in Polen fragt, ob die Menschen glauben, daß Polen durch die Vereinigung Deutschlands eher gewonnen oder eher verloren hat, dann werden Sie eine große Mehrheit bekommen für die Auffassung, Polen habe durch die Vereinigung Deutschlands gewonnen. Das ist heute die in Polen vorherrschende Einstellung. Ich glaube, daß wir mit einer solchen Entwicklung im großen und ganzen doch zufrieden sein können. Vieles hat sich inzwischen sehr beruhigt, viele Ängste sind inzwischen auch weitgehend abgebaut worden. Ich bin gefragt worden, wie dieses vereinigte Deutschland heute von Polen betrachtet wird. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Mit Deutschland wird etwa 30 Prozent des polnischen Außenhandels abgewickelt. Das ist eine, wenn Sie so wollen, in den klassischen Kategorien enorme Abhängigkeit. Aber ich höre keinen Schrei des Entsetzens. Ich höre in Polen Stimmen der Unruhe darüber, daß dieser deutsche Markt sich schließen könnte, daß der Zugang zu diesem deutschen Markt erschwert werden könne, das ist heute die Sorge. Ich glaube, daß wir es mit einer Tendenz zu tun haben, die weitgehend positiv ist. Mir ist lieber eine Tendenz von Nüchternheit zu mehr Optimismus und zu mehr Vertrauen als das Gegenteil. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Reiter, herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Ich glaube, es war für uns eine sehr wichtige Vertiefung einiger Aspekte, die Dieter Bingen vorgetragen hat. Zunächst möchte ich das Wort dem Herrn Vorsitzenden geben. Bitte schön.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt die große Freude, einen zweiten Gast vorzustellen. Es ist Herr Botschafter Kornblum, der nur wenige Wochen, nachdem er hier in Deutschland offiziell Posten genommen hat, bei uns ist. Er ist natürlich kein Unbekannter in Deutschland, und wir wissen, wie Sie beteiligt waren an dem Prozeß, über den wir hier heute sprechen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Im Rahmen unserer Enquete-Kommission, die sich ja, wie eben auch von Herrn Botschafter Reiter gesagt, darum bemüht, dazu beizutragen, daß es zu keiner Geschichtsklitterung kommt, darf ich Sie also gleich bitten, zu uns zu sprechen. Es bleibt dabei, ich habe Herrn Botschafter Kornblum noch einmal gefragt, 15:00 Uhr ist Deadline.

Botschafter John C. Kornblum: Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Es freut mich sehr, gerade in diesen Tagen hier zu sein, um, wie Sie sagen, die Geschichte etwas eingehender zu diskutieren. Ich war in den Jahren vor der Wende zuerst in Berlin, als amerikanischer Gesandter, wo ich die Entwicklung sehr direkt, sehr hautnah betrachten konnte. In den Jahren 1989/90/91 war ich der stellvertretende Botschafter der Vereinigten Staaten bei der NATO. Da habe ich auch den Prozeß sehr direkt beobachten können. Wenn ich jetzt zurückblicke, scheint alles ein bißchen klarer und logischer gewesen zu sein, als es einem damals erschien. Um mich für heute vorzubereiten, habe ich ein bißchen in verschiedenen Memoiren gelesen. Wie man weiß, gibt es da verschiedene Versionen zu lesen. Doch es zeigt sich, im Nachhinein betrachtet, eine gewisse Vorhersehbarkeit des ganzen Prozesses, die damals noch nicht so klar war. Deshalb ist es sehr interessant und wichtig, verschiedene Gesichtspunkte jetzt zu diskutieren. Ich werde hier nicht versuchen, die Geschichte Revue passieren zu lassen, sondern habe drei Punkte ausgewählt, von denen ich glaube, daß sie sehr wichtig sind für den Prozeß, aber auch für die amerikanische Haltung diesem Prozeß gegenüber.

Erstens: Wir haben schon gesehen, auch in den Bemerkungen von Herrn Reiter, daß die deutsche Wiedervereinigung Teil eines größeren Prozesses war, der, wie er richtig sagte, in diesem Fall nicht in Deutschland angefangen hat, sondern in anderen Teilen Europas, der aber im Endeffekt auch viel weitere Implikationen gehabt hat als die Wiedervereinigung Deutschlands, siehe insbesondere das Ende der Sowjetunion.

Zweitens: Es ist, glaube ich, doch wichtig, die allgemeine Haltung der USA diesem Prozeß gegenüber darzulegen, weil sie vielleicht auch die jetzige und zukünftige Politik der USA verständlich macht, die natürlich auch weiterhin sehr wichtig sind für die Entwicklungen in Europa.

Drittens: Ich möchte ein paar Überlegungen anstellen über die strukturellen Entwicklungen, die damals von Bedeutung waren und noch heute von Bedeutung sind.

Zum ersten Punkt brauche ich mich nur sehr kurz zu fassen. Die Änderungen in der DDR, die schon weiter zurück in den 80er Jahren lagen, waren Teil des allgemeinen Niedergangs des Totalitarismus und Kommunismus in Europa, damit meine ich Solidarność. Ich war auch in Berlin, nebenbei gesagt, Anfang der 80er Jahre, als Solidarność hochkam, und ich glaube, das hat eine sehr wichtige Rolle gespielt. Aber die wirtschaftliche Schwäche dieses Systems, der mangelnde soziale Konsens und, wie wir jetzt im Nachhinein sehen, die Entwicklung des freien Informationsstromes, die Entwicklungen im Medienbereich haben doch auch eine Rolle gespielt. Immerhin waren wir zu Beginn der 80er Jahre an einen Punkt gelangt, wo die Teilung Europas und das kommunistisch/sozialistische System in Europa zunehmend unter Druck gerieten. In einigen Memoiren von DDR-Persönlichkeiten erfährt man, daß Anfang der 80er Jahre einige wußten, daß die DDR sich mindestens wirtschaftlich nicht werde halten können. Das war ein historischer Prozeß.

Wie verhielten sich die USA zu diesem Prozeß? Gerade in diesen Jahren gab es sehr viel Analysearbeit über die Rolle der USA in solchen Prozessen. Wir dürfen nicht vergessen, und ich sehe das als sehr wichtig an, ich habe so auch sehr energisch innerhalb der amerikanischen Regierung argumentiert, daß gleich vor dieser Phase eine andere sehr sehr dramatische Phase sich abgespielt hatte. Das war die Konfrontation über die Mittelstreckenraketen. Ich war damals, als diese Konfrontation hochkam, Leiter der Abteilung für Zentraleuropa im State Department. Wir haben natürlich sehr viele Debatten geführt und Analysen angestellt. Meine Meinung war – und ich glaube, wenn ich das sagen darf, daß ich recht hatte –, daß diese Konfrontation, geplant oder nicht, der letzte Versuch der Sowjetunion war, die politische Richtung in Europa zu bestimmen. Sie hoffte, durch diese Konfrontation vielleicht auch irgendwelche militärischen Optionen zu gewinnen, das weiß ich nicht, aber doch zumindest einen Kurs einzuschlagen in Richtung einer allgemeinen europäischen Sicherheitsstruktur, die nicht auf dem Westen, nicht auf den USA, nicht auf der NATO basierte. Ich lasse es bei dieser Beschreibung bewenden. In Westeuropa, auch in diesem Lande, haben damals viele die USA als Staat gesehen, der keine Änderung wollte, der wirklich nur die, wie ich jetzt sagen darf, pluralistisch/kapitalistischen Strukturen aufrechterhalten wollte. Es hat gleich vor der Wende, gleich vor dem Ende der Ost-West-Konfrontation eine Phase gegeben, in der gerade in diesem Lande, das muß man sagen, eine große Zahl von Menschen nicht nur in den sogenannten linken Parteien, sondern bis weit in die bürgerliche Mitte hinein Angst hatte, daß die USA zu stark auf die westliche Verteidigung aus seien. Ich erwähne das aus zwei Gründen. Erstens, weil ich glaube, daß diese Phase sehr bedeutsam war, und zweitens, um zu unterstreichen, daß, als die Phase der Wiedervereinigung begann, die USA überzeugt waren, daß Frieden und Stabilität in Europa nur aufrechterhalten werden können auf der Basis der westlichen Struktur, also NATO, EU und alles, was dazugehört.

Was bedeutete das für die Struktur in Europa? Es hat, es ist vielleicht schon einmal erwähnt worden heute morgen, als dieser ganze Prozeß begann, als die Mauer fiel, zwei große Denkschulen gegeben. Viele in Europa, auch enge Verbündete Deutschlands und ein bißchen auch die polnische Richtung, meinten, es solle Änderungen geben. Aber die deutsche Wiedervereinigung werde diese Änderungen wahrscheinlich unmöglich machen, sie komme zu schnell. Die meisten westeuropäischen politischen Führer haben so gedacht, natürlich auch die Sowjetunion. Es hat sehr viel Druck gegeben, langsamer und ruhiger voranzugehen, und sogar die Bundesregierung, wie wir wissen, hat zuerst von zehn Jahren, dann von fünf Jahren, dann von drei Jahren gesprochen. Man hat versucht, das Ganze so lange wie möglich herauszuzögern. Wenn man wie ich an den Diskussionen teilgenommen hat, auch jetzt in die Memoiren reinliest, kann man sehen, daß unsere amerikanische Politik damals mehr oder weniger genau der entgegengesetzten Meinung war, nämlich: daß die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sehr destabilisiert waren und die einzige Möglichkeit, uns vor großen Konfrontationen zu schützen, darin be-

stand, die Sache in Ordnung zu bringen. Das hieß, zuerst stabilere Regierungen in Mittel- und Osteuropa, was dann auch passierte, und zweitens eine befriedigende Lösung des Vereinigungsprozesses. Ich sage es so. Ich will hier nicht behaupten, sofortige Wiedervereinigung, aber eine befriedigende Lösung, das heißt auf der Basis der Realitäten, der Bedürfnisse vor allem der Menschen in der DDR. Ich glaube, es dauerte nicht lange, bestimmt nicht länger als bis Januar/Februar 1990, bis unsere Leute meinten, daß das hieß: eine ziemlich zügige Wiedervereinigung. Das war die Politik, die wir befolgt haben. Das war natürlich auch sehr wichtig. Ich war gerade am Freitag und Sonnabend mit dem Bundeskanzler und Präsident Bush zusammen und habe da in den persönlichen Beziehungen zwischen den beiden gesehen, daß das auch eine sehr direkte und sehr persönliche Unterstützung des Bundeskanzlers durch Präsident Bush bedeutete, die zu einer gewissen Festigung seiner Politik geführt hat.

Hier liegt aber, so meine ich, eine Implikation für die amerikanische Rolle überhaupt in Europa. Unsere Leute haben diesen Prozeß natürlich auch im Rahmen der Interessen von anderen gesehen. Wenn wir meinten, daß eine Wiedervereinigung auch für die Erhaltung der Stabilität in Europa notwendig sei, so bedeutet das nicht, daß wir meinten, sie müsse einfach durchgezogen werden. An der Strategie, die wir befolgt haben, kann man sehen, daß wir wirklich versucht haben, die Interessen der verschiedenen Parteien zu wahren, auch zum Beispiel die der Sowjetunion. Es gab zwei wichtige Strategieentscheidungen, wenn Sie so wollen, Strategiepunkte, die ich hier kurz beschreiben möchte. Der erste kam sehr früh auf, ich war dabei, das passierte in Brüssel. Am 4. Dezember 1989 gab Präsident Bush eine Pressekonferenz nach einem NATO-Gipfeltreffen, wo er über sein Gipfeltreffen mit Gorbatschow auf einem Schiff im Mittelmeer berichtet hatte. Bush hatte die ganze Fülle der Gespräche mit Gorbatschow beschrieben, das war viel mehr als nur die deutsche Frage. Er hat aber Wert darauf gelegt, zu unterstreichen, wie positiv die Beziehung zu Gorbatschow war, wie positiv Gorbatschows Richtung und wie wichtig es war, Gorbatschow in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Er hat aber auch sehr direkt und namentlich Bundeskanzler Kohl unterstützt, so direkt sogar, daß nach den Bemerkungen von Bush Kohl gesagt hat, er glaube, es sei alles gesagt worden, und man könne jetzt zu Mittag essen. Das haben nicht alle so gesehen, und einige haben dazu noch gesprochen. Aber nachher gab Bush eine Pressekonferenz. Er trug vier Punkte vor, an denen man in Washington schon länger gearbeitet hatte und die noch vor der Pressekonferenz etwas retuschiert wurden. Das waren sozusagen die Prinzipien, denen, wie er meinte, der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung folgen sollte. Ich werde sie hier kurz verlesen. Einmal, das gesamte deutsche Volk sollte sein Selbstbestimmungsrecht ausüben, egal, wie die Entscheidung ausfiele. Der wichtigste Punkt war die Selbstbestimmung, nicht irgendeine bestimmte Lösung des Problems. Zweitens, und das stellte sich nachher als sehr wichtig und sogar sehr umstritten heraus, die Wiedervereinigung müsse im Kontext von Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO und anderen europäischen Organisationen stattfinden.

Wir wissen, daß das bis heute etwas umstritten ist. Drittens, und das war auch wichtig für viele andere Teilnehmer, der Prozeß sollte schrittweise vorangehen, also nicht überstürzt, sondern es sollte einen Prozeß geben. Und viertens, auch wichtig für andere Teilnehmer, Polen ist eben erwähnt worden, der Prozeß sollte auf der Basis der Prinzipien von Helsinki stattfinden. Die Rechte von allen sollten also berücksichtigt werden. Diese vier Prinzipien waren so gemeint, und ich glaube, sie haben auch diese Rolle gespielt, sie bildeten eine Definition für den Prozeß. Punkt eins, die Art und Weise der Entwicklung innerhalb Deutschlands, sollte von den Deutschen selber entschieden werden. Just zu dieser Zeit gab es sehr viele Vorschläge, nicht nur von sowjetischer Seite: für eine große Viermächtekonferenz, wo das alles entschieden werden sollte, oder, noch schlimmer, wenn ich das sagen darf, für einen riesigen KSZE-Gipfel, wo ganz Europa das auspulen sollte. Bush hat sehr klar gesagt, was innerhalb Deutschlands passiert, solle von Deutschen entschieden werden. Ich glaube, das war ein sehr wichtiger Punkt. Punkt zwei, NATO, dazu brauche ich nicht viel zu sagen, das war das Fundament für die friedliche Entwicklung. Daß der Prozeß schrittweise vorangehen solle, das sollte den Interessen aller Rechnung zu tragen. Und der letzte Punkt, die Prinzipien von Helsinki, ist, glaube ich, auch klar. Die Botschaft war, es wird eine Wiedervereinigung geben. Wie gesagt, ich nahm teil an den Beratungen in jenen Tagen, und ich kann Ihnen klar sagen, daß das die Meinung des Präsidenten und seiner höheren Berater war, aber auch, daß die Wiedervereinigung Teil eines erweiterten Sicherheitssystems sein sollte.

Die Ereignisse danach sind schon sehr gut geschildert worden, wahrscheinlich hier auch heute. Die Änderungen erfolgten sehr schnell innerhalb der DDR, aber auch in Osteuropa. Im Februar 1990 war es bereits ziemlich klar, daß der Status quo sich nicht lange mehr werde halten können und Fortschritte gemacht werden mußten, damit der Vereinigungsprozess vorankam. Hier machten die USA offiziell einen weiteren Vorschlag, der, wie ich meine, den Prozeß zum Erfolg geführt hat. Das waren die Zwei-plus-Vier Verhandlungen; Herr Meckel kennt das sehr gut. Was haben sie erreicht? Sie haben erstens die zwei deutschen Staaten als volle Teilnehmer installiert. Es hieß „Zwei-plus-Vier“, Gorbatschow wollte „Vier-plus-Zwei“, es hieß „Zwei-plus-Vier“. Ich will hier nicht neue Debatten anfangen, Gorbatschow wollte es, vielleicht andere auch. Aber Zwei-plus-Vier bedeutete, daß die deutschen Staaten nicht nur das Objekt von anderen, sondern Subjekte waren. Sie waren ein Teil des Prozesses. Aber daß die Vier eine Rolle spielten, das war mein Gebiet für viele Jahre, Viermächterechte und -verantwortlichkeiten, war auch notwendig. Irgendein Schlußstrich mußte da gezogen werden, die Vier mußten irgendetwas tun. Wir hatten auf westlicher Seite uns so lange bemüht, diese Viermächterechte und -verantwortlichkeiten aufrechtzuerhalten, um unsere Position in Berlin zu stützen. Wir konnten nicht so agieren, als ob es sie nicht gäbe. Es mußte da ein Schlußstrich gezogen werden. Es gab einen sehr sehr langen und komplizierten Prozeß, aber im Endeffekt, glaube ich verkürzt sagen zu können, wurden die Interessen aller gewahrt. Bush hat eine wichtige Rolle gespielt in Bezug auf

die anderen führenden westlichen Persönlichkeiten, um sie auf der Linie zu halten, doch immer auch ihren Interessen Rechnung getragen. Das hat der Bundeskanzler auch Freitag und Sonnabend sehr klar gesagt und ferner, daß die Zusammenarbeit mit Gorbatschow ihm auch geholfen habe, daß dieser im Grunde, nachdem er alles eingesehen hatte, eine sehr konstruktive Rolle in diesem Prozeß gespielt hat.

Was heißt das nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft? Das heißt, daß auch jetzt in diesen Jahren, wo sich sehr viel bewegt, es die Vereinigten Staaten sind, die erstens die Distanz, auch die historische Distanz haben, die Entwicklungen in Europa mit einem gewissen, ich würde sagen, positiven Abstand zu betrachten. Zweitens, das haben wir in anderen Fällen in jüngster Zeit gesehen, daß es immer noch eines gewissen amerikanischen Managements in Europa bedarf, um die Strategie in eine klare Richtung zu bringen. Drittens natürlich – und hier ist ein Punkt, an dem mir ganz besonders liegt, weil ich in vielen Debatten über die Jahre darin verwickelt war –, daß die Vereinigten Staaten in Europa keine Status-quo-Macht sind, sondern die Macht, die positive Entwicklungen will in Europa gerade in den kommenden Jahren, in denen es, wie ich glaube, noch viel mehr Entwicklungen geben wird. Wir werden unsere Rolle spielen, und es wird eine sehr wichtige Rolle sein zugunsten positiver und dynamischer Änderungen auf dem Kontinent. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Botschafter Kornblum für Ihren Beitrag. Er zeigte, wie gut doch letzten Endes unser Vorschlag gewesen ist, den Versuch zu machen, das ist ja auch bei Herrn Reiter schon deutlich geworden, auf der einen Seite Experten, die sich wissenschaftlich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, mit Insidern auf der anderen Seite zusammenzubringen. Gerade bei dem Beitrag von Herrn Kornblum wurde interessanterweise die Offenheit geschichtlicher Prozesse doch eigentlich sehr schön deutlich. Ich weise auf Folgendes noch einmal hin: Die beiden Herren Botschafter haben bis 15:00 Uhr Zeit, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir haben bereits einige Meldungen vorliegen. Ab 15:00 Uhr können Sie dann weitere Fragen an die vier Referenten stellen, die heute vormittag ihre Beiträge geboten haben. Aber zunächst konzentrieren wir uns auf Herrn Reiter und Herrn Kornblum. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich in Ihren Wünschen nach Information ein wenig zügeln würden, das heißt, nicht gleich jedem zwei oder drei Fragen stellten, sondern sich so beschränken, daß diejenigen Herren der Kommission, die sich zu Wort gemeldet haben, die Möglichkeit haben, hier ihren Beitrag beziehungsweise ihre Frage anzubringen. Ich darf zunächst einmal verlesen, wir haben folgende Wortmeldungen: Als erster Herr Wilke, dann Herr Meckel und Herr Poppe, dann Herr Elm als Nummer vier, und Herr Faulenbach kommt dann als Nummer fünf in dieser ersten Runde an die Reihe. Bitte schön Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Botschafter Kornblum, ich lebte 1987 in West-Berlin und hatte gelernt, wie wichtig es war, daß die Soldaten mit dem